

**Zeitschrift:** Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels  
**Herausgeber:** Schweizer Hotelier-Verein  
**Band:** 16 (1907)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Vom Automobilsport in der Schweiz  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-521776>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

N<sup>o</sup> 5.

Abonnement

Für die Schweiz

1 Monat Fr. 1.25  
2 Monate „ 2.50  
3 Monate „ 3.50  
6 Monate „ 6.50  
12 Monate „ 10.—

Für das Ausland:

(inkl. Postzuschlag)  
1 Monat Fr. 1.60  
2 Monate „ 3.20  
3 Monate „ 4.50  
6 Monate „ 8.50  
12 Monate „ 15.—

Vereins-Mitglieder erhalten das Blatt gratis.

Inserate:

8 Cts. per 10spaltige Millimeterzeile oder deren Raum. — Bei Wiederholungen entsprechend Rabatt. Vereins-Mitglieder bezahlen 4 Cts. netto per Millimeterzeile oder deren Raum.

# Schweizer Hotel-Revue

## REVUE SUISSE DES HÔTELS

Organ und Eigentum des  
Schweizer Hotelier-Vereins.

16. Jahrgang | 16<sup>me</sup> Année

Erscheint Samstags.  
Paraît le Samedi.

Organe et Propriété de la  
Société Suisse des Hoteliers.

Redaktion und Expédition: Sternengasse No. 21, Basel. \* TÉLÉPHONE 2406. \* Rédaction et Administration: Sternengasse No. 21, Bâle.

Inseraten-Annahme nur durch die Expedition dieses Blattes und die „Union-Reklame“ in Luzern. — Les annonces ne sont acceptées que par l'admin. de ce journal et l'„Union-Reclame“ à Lucerne

Verantwortlich für Redaktion und Herausgabe: Otto Amsler, Basel. — Redaktion: Otto Amsler; K. Achermann. — Druck: Schweiz. Verlags-Druckerei G. Böhm, Basel.

### Fachliche Fortbildungsschule des Schweizer Hotelier-Vereins in Cour-Lausanne.

#### Anmeldungen

für den von 1. Mai 1907 bis 15. April  
1908 dauernden Jahreskurs sind  
bis 28. Februar einzureichen.

Für Reglemente mit Aufnahmebedingungen  
sowie für alle weiteren Korrespondenzen sich  
zu adressieren an die Direction de l'Ecole  
Hôtelière à Cour-Lausanne.

Für die Schulkommission:  
Der Präsident: J. Tschumi.

### Ecole professionnelle

de la  
Société Suisse des Hôteliers  
à Cour-Lausanne.

#### Les inscriptions

pour le prochain cours annuel,  
durant du 1<sup>er</sup> Mai 1907 au 15 Avril  
1908, seront reçues  
jusqu'au 28 Février.

Pour le règlement contenant les conditions  
d'admission ainsi que pour toute autre correspon-  
dances s'adresser à la Direction de l'Ecole  
Hôtelière à Cour-Lausanne.

Pour la Commission de l'Ecole:  
Le président: J. Tschumi.

### Vom St. Gallischen Wirtschafts-Gesetz.

Wie in Basel und Zürich werden auch in  
unserem Kanton Stimmen laut, um sich über  
eine zu strikte und chikanöse Durchführung  
des erst vor Jahresfrist in Kraft getretenen  
Wirtschaftsgesetzes zu beklagen. Unsere Wirte  
sind insbesondere mit einem Artikel desselben  
nicht zufrieden. Der Artikel 39, der den Stein  
des Ausstosses bildet, schreibt u. a. vor, dass  
jede übermässige Anstrengung des Dienstper-  
sonals untersagt sei. „Die wesentlichen für den  
Betrieb von Gasthöfen und Wirtschaften ange-  
stellten Personen können, soweit es zur Be-  
dienung der Gäste nötig ist, abends bis zur  
Polizeistunde und bei Freinächten auch über  
dieselbe beschäftigt werden. Der Betrieb ist  
aber so einzurichten, dass jeder im Dienste des  
Wirtes stehenden Person in allen Fällen von  
24 Stunden mindestens 8 Stunden ununter-  
brochene Ruhezeit gesichert sind. Ebenso ist  
allen diesen Angestellten der Sonntag, oder,  
sofern dies aus Betriebsgründen nicht möglich  
ist, während der Woche ein freier Nachmittag  
von mindestens 8 Stunden und allmonatlich ein  
voller Frei-Tag von 24 Stunden zu gewähren.  
Wenigstens acht Frei-Tage pro Jahr müssen  
aber auf den Sonntag fallen. Der Wirt hat  
über die gewährten Ruhetage ein Kontrollbuch  
zu führen. Die zum Schutze des Dienstper-  
sonals aufgestellten Vorschriften dürfen durch  
Parteivereinbarung nicht abgeändert und müssen  
im Vollzuge besonders überwacht werden.“

Diesen Artikel, insbesondere die Führung  
des verlangten Kontrollbuches halten die Wirte  
als unmöglich. Einmal deshalb, weil das Per-  
sonal sehr oft eine andere Einteilung der Frei-

zeit wünscht, dann aber hauptsächlich, weil es  
dem Arbeitgeber nicht möglich ist, den gesetz-  
lichen Bestimmungen ohne grossen Schaden  
nachzugeben. Er möchte die Freizeit seines  
Personals den jeweiligen Betriebsgründen unter-  
ordnen. Die Wirte sind nicht prinzipiell gegen  
die Zahl der Frei-Tage, wohl aber gegen die  
gesetzlich vorgeschriebene Einteilung derselben,  
die gar nicht — oder nur mit Opfern — ein-  
gehalten werden könne. Es läge auch im Inter-  
esse des Wirtschaftspersonals, wenn die  
vielen ganzen und halben Frei-Tage zusammen-  
genommen werden dürften, um den Bediensteten  
zu gegebener Zeit Jahresferien zu geben. Eine  
Gefahr, dass dadurch ein Teil des Personals  
stellenlos würde, ist durchaus nicht vorhanden,  
denn heutzutage ist man froh, gute und zuver-  
lässige Leute möglichst lange behalten zu  
können. Ein Wirt, der heute ein Kontrollbuch  
im Sinne unseres Wirtschaftsgesetzes führt, ist  
gezwungen, entweder falsche Eintragungen zu  
machen, oder dem Art. 39 nicht Folge zu geben.  
Der Wirtstand erachtet diese Kontrolle  
und diese Eingriffe in das Vertragsrecht als  
eine Ungerechtigkeit und eine vexatorische  
Massregel. Der kantonale Wirtverband will  
deshalb bei der Regierung, eventuell beim  
Grossen Rat vorstellig werden, um hinsichtlich  
dieser beiden Punkte annehmbare Verhältnisse  
zu schaffen. Eventuell wird er sogar eine  
Revision des Wirtschaftsgesetzes in Szene setzen.  
T. G.

### Vom Automobilsport in der Schweiz.

Dem „Bund“ wird geschrieben: Seit Anfang  
Januar dieses Jahres ist der am 19. Dezember  
1905 in Paris von der internationalen Dele-  
giertenversammlung der Automobilclubs über  
die Schweiz verhängte Boykott wiederum auf-  
gehoben worden, hat also genau ein Jahr ge-  
dauert. Die schweizerischen Automobilisten  
haben den verhängten Boykott stets als ein  
Unrecht empfunden. Der Umstand, dass Deutsch-  
land mit seiner Automobilsteuer und den damit  
zusammenhängenden rigorosen Bestimmungen  
den gesamten Automobilsport noch viel emp-  
findlicher traf, als es die gelegentlichen un-  
verständigen Polizeiwirklichkeiten in der Inner-  
schweiz getan, gab im vergangenen Monat  
Dezember Veranlassung, die Frage der Auf-  
hebung des Boykottes ins Rollen zu bringen.

Es lässt sich kaum leugnen, dass der  
Boykott mancherorts geschadet hat. Wenn das  
aber richtig ist, so haben die Schweizer Be-  
hörden alle Veranlassung, dafür zu sorgen, dass  
bei Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften  
die durchreisenden ausländischen Automobilisten,  
die ja mit des Landes Sitten und Verordnungen  
unmöglich vertraut sein können, wenigstens der  
vielfach erduldeten chikanösen Behandlung und  
zahlreichen Unannehmlichkeiten entoben werden.  
Die bisher bei einer Fahrt durch einzelne  
Gebietsteile der Schweiz an der Tagesordnung  
gewesen. Das gilt namentlich auch für die  
Innerschweiz. Wenn ein französischer Tourist  
am Sonntag durch den Kanton Uri fährt, einen  
Raddefekt erleidet und sich nun daran macht,  
den Schaden auszubessern und zu reparieren,  
um überhaupt weiter fahren zu können, und  
wird dann von der Polizei wegen Sonntags-  
ruhestörung mit Fr. 50 gebüsst, so ist das  
einfach unbillig, wenn nicht böswillige Schi-  
kane dem neuen Verkehrsmittel gegenüber.  
Und das hilft's nicht, wenn hinterher auch die  
Busse auf Fr. 20 herabreduziert wird. Der  
Fremde empfindet es als Unrecht.

Oder im Kanton Obwalden. Die Obwald-  
ner Regierung hatte die Brünigstrasse eine  
Zeit lang für Automobile ganz geschlossen.  
Dann erwirkte eine Konferenz die Wieder-  
eröffnung des Passes und damit die Wieder-  
herstellung der direkten Verbindung von Luzern  
mit dem Berner Oberland. Dabei wurde aber  
von der Polizei hinterher ein Reglement auf-  
gestellt, das es ihr ermöglicht, so ziemlich jeden  
Autler, der sich einfallen lässt, Obwalden zu  
durchfahren, bis auf die Haut auszuziehen.  
Die Bussen gehen bis Fr. 200 und bilden eine  
der besten Einnahmen der Säckelmeister des  
Landes. An den beiden Endpunkten der  
eigentlichen Brünigstrasse — in Giswil und  
Brünig — müssen extra Erlaubnissscheine zum  
Passieren der Strasse gelöst werden. Wer  
das nicht weiss, hat bis Fr. 200 Busse. Nirgends  
werden die Fremden aufmerksam gemacht auf  
die verschiedenen „Verbote“.

Im übrigen haben sich die Verhältnisse für  
den Automobilverkehr in der Schweiz in der  
letzten Zeit ganz bedeutend gebessert. Die an-  
fänglichen Vorurteile gegen diesen Sport  
schwinden immer mehr. Die volkreichen  
Kantone des schweizerischen Flachlandes haben  
die Bedeutung des Autos als Verkehrsmittel  
erkannt und die Regierungen sind bestrebt,  
in Verbindung mit den Automobilvereinen beidseitig  
befriedigende Verhältnisse zu schaffen. Seit  
das Automobil auch in der Schweizer Armee  
seinen Platz erobert, findet es den not-  
wendigen gesetzlichen Schutz. Bereits ist an  
Stelle der früheren kantonalen Fahrausweise  
und Fahrberechtigungskarten die schweizerische  
Karte getreten. Wer seine mit dem eidgen.  
Kreuz geschmückte Nummern tafel, gleichviel  
in welchem Kanton er sie gelöst, an seinen  
Wagen befestigt hat, ist für die gesamte  
Schweiz legitimiert. Die Taxen für die Jahre-  
karten für Motoren sind nicht hoch, variieren  
je nach Grösse d. h. der Personenplatzzahl,  
von 20—40 Fr. Die zulässige Maximal-  
geschwindigkeit beträgt 30 km per Stunde auf  
dem Flachlande, 10 km durch Dörfer und  
Städte.

Seit vorigen Herbst ist auch die Gotthard-  
und die Simplonstrasse für die Automobilisten  
geöffnet. Ein bezügliches Reglement setzt  
allerdings eine Reihe von Bedingungen für die  
Fahrer fest. Beim Passieren der Simplonstrasse  
Brig-Iselle darf nur, bergauf, bergab, mit der  
Geschwindigkeit eines trabenden Pferdes ge-  
fahren werden. Für den Passübergang sind  
4 1/2 Stunden festgesetzt. Bei Nacht darf nicht  
gefahren werden. In Brig und Gondo werden  
spezielle Erlaubnissscheine gratis abgegeben.  
Die Gotthardstrasse bietet gar keine Schwierig-  
keiten mehr und ist im Herbst bereits sehr  
stark von Autlern besucht worden. Es ist  
speziell der schweizerische Automobilklub, der  
an Mitgliederzahl bereits sehr stark ist, welcher  
sich unermüdlich ins Zeug legt, um den Motor-  
wagen in der Schweiz überall freie Bahn zu  
schaffen. Und es darf gesagt werden, dass  
seine Bemühungen in den leitenden Kreisen der  
Regierungen der meisten Kantone Verständnis  
finden. Im nächsten Monat Mai veranstaltet  
der schweizerische Verein eine internationale  
Automobilausstellung in der Tonhalle Zürich,  
zu der sich bereits 95 der hervorragendsten  
Firmen als Aussteller gemeldet haben.

### Plakat-Gesetzgebung.

Vom Vorstand der Schweizerischen Vereini-  
gung für Heimatschutz in Basel wurde laut  
„Basl. Ztg.“ in der letzten Sitzung ein von der  
Kommission gegen das Reklameunwesen ausge-

arbeiteter Vorschlag zu einem Gesetz  
betr. Verbot und Besteuerung von Reklamen  
durchberaten.

Vorstand und Kommission empfehlen nach  
eingehender Prüfung der ganzen Frage über-  
einstimmend eine Kombination von Verbot und  
Besteuerung in dem Sinne, dass je nach der  
Sachlage gegen bestimmte Reklamen das Ver-  
bot oder die Besteuerung einzutreten hat. Unter  
möglichster Berücksichtigung wirklich begrün-  
deter Bedürfnisse der Industrie, des Handels  
und Verkehrs, sowie für Fest-, Theater- und  
Konzertanzeigen sollen für temporäre Plakate  
passende Ausnahmestimmungen getroffen und  
also nur die tatsächlichen Auswüchse der Re-  
klame bekämpft werden. Der angenehme  
Entwurf lehnt sich somit an das vom Kanton  
Waadt schon im Jahre 1903 erlassene Gesetz  
an, sucht aber, gestützt auf die seither mit  
diesem Gesetze gemachten Erfahrungen, gewisse  
Mängel und Lücken desselben zu beseitigen und  
Umgebungen zu verumfänglichern.

Der Basler Rechtsgelehrte Professor Dr. K.  
Wieland, der Obmann der juristischen Subkom-  
mission, hat es übernommen, einen eingehenden  
Motivenbericht zu dem Gesetzesvorschlag aus-  
zuarbeiten. Nach Eingang dieses Berichtes, der  
im besonderen auch die Berechtigung zum Er-  
lasse von Gesetzen gegen das Reklameunwesen  
nachweisen wird, soll der Vorschlag der Schwei-  
zerischen Vereinigung für Heimatschutz, sei es  
direkt, sei es mit Unterstützung der Sektionen,  
sofort sämtlichen Kantonsregierungen mit der  
Bitte um möglichste Berücksichtigung unter-  
breitet werden.

Die eingeleiteten gütlichen Unterhandlungen  
mit den hauptsächlichsten Interessenten der  
Plakatreklame haben bis jetzt zu keinem Re-  
sultate geführt; vornehmlich aus dem Grunde,  
weil überall noch langjährige Kontrakte mit  
Ratenzahlungen vorliegen, die man nicht opfern  
will, obschon man das Verkehrt der heutigen  
Plakatreklame selbst eingesehen hat.

Für den Fall, dass ein befriedigendes Re-  
sultat nicht erzielt werden kann und sofern  
die gesetzliche Regelung der Angelegenheit wider  
Erwarten in absehbarer Zeit nicht oder nur  
in ungenügender Weise zu erreichen ist, soll  
die Frage eines energischen und wirksamen  
Boykottes in Verbindung mit andern Vereinen  
in ernstliche Erwägung gezogen werden. Ver-  
schiedene unserer grössten schweizerischen Ver-  
bände interessieren sich lebhaft für den Boykott,  
und da jetzt schon bedeutende Fabriken der in  
Betracht kommenden Industrien entweder von  
der Plakatreklame ganz absehen oder sich bereit  
erklären, verbindliche Zusicherungen zu machen,  
so dürfte, heisst es, die Durchführung eines  
Boykottes keine besonderen Schwierigkeiten ver-  
ursachen.

### Schutz der Reisenden gegen Raubanfällige in den Eisenbahnwagen.

Der Basler „National-Ztg.“ wird folgendes  
geschrieben:

Da sich am 13. dies wieder ein frecher Raub-  
anfall in einem Eisenbahnzug ereignete, dürfen  
die nachfolgenden Mitteilungen, die wir einem  
deutschen Fachblatte entnehmen, von Interesse  
sein.

Die im Jahre 1906 mehrfach vorgekommenen,  
Aufsehen erregenden und Beunruhigung ver-  
breitenden Raubanfällige auf Reisende in Personen-  
zügen haben dem preussischen Minister der öffent-  
lichen Arbeiten Veranlassung gegeben, durch  
einen aus maschinen-, betriebs- und verkehrs-  
technischen Mitgliedern bestehenden Ausschuss